

A1 Wahlprogramm 2014

Gremium: KV Bamberg-Land

Beschlussdatum: 29.08.2013

Text

1 Wahlprogramm zur Kreistagswahl 2014

- 2 • Energiewende
- 3 • Demographischer Wandel
- 4 • Transparenz und Bürgerbeteiligung
- 5 • ÖPNV
- 6 • Nicht-motorisierter Verkehr
- 7 • Verkehrsprojekte in der Region
- 8 • Gesundheit
- 9 • Asyl
- 10 • Jugend
- 11 • Bildung
- 12 • Nationalpark Steigerwald
- 13 • Sanfter Tourismus
- 14 • Kultur
- 15 • Rechtsradikalismus

16 Die Energiewende im Landkreis braucht den Motor der Grün/Alternativen Fraktion

17 2008 haben Stadt und Landkreis Bamberg die Klimaallianz geschlossen, deren Ziel
18 es ist bis 2035 energieautark zu sein, d.h. alle Energie soll regional erzeugt
19 werden. Dies bedeutet, es soll kein Gas aus Russland, kein Öl aus den arabischen
20 Ländern und kein Kohlestrom mehr zur Energieerzeugung verwendet werden. Durch
21 diese Energiewende gäbe es drei Gewinner:

- 22 • das Klima, da Energieerzeugung zukünftig CO₂ frei wäre
- 23 • der heimische Mittelstand, da viele Handwerksunternehmen von Aufträgen
24 profitieren würden
- 25 • die gesamte Region, da nicht jedes Jahr die hunderten von Millionen Euro
26 an Energiekosten der Region Bamberg in andere Länder und zu Großkonzernen
27 abfließen würden.

28 In den letzten Jahren ist die Energiewende im Landkreis sichtbar geworden,
29 Windräder im Steigerwald und auf dem Jura, Photovoltaikanlagen auf Dächern und
30 Freiflächen, Biogasanlagen. Die Kommunen sanieren ihren Gebäudebestand, es gibt
31 eine jährliche Energiemesse, die Regionalwerke wurden gegründet und einiges
32 mehr. Gerade bei den sichtbaren Veränderungen der Energiewende wie z.B.
33 Windräder werden zurzeit kontroverse Diskussionen geführt. Den Einen gefällt es,
34 den Nächsten stört es nicht, andere wiederum sehen Windräder als Sargnägel des
35 Landschaftsbildes, das damit zu Grabe getragen wird. Fakt ist, dass Windkraft
36 die wirtschaftlichste Art der regenerativen Energieerzeugung ist, die zudem den
37 geringsten Landschaftsverbrauch aufweist. Ohne Windkraft ist im Landkreis die
38 Energiewende nicht zu schaffen.

39 Trotz aller Erfolge betreibt der Landkreis die Energiewende nur halbherzig. 2010
40 wurde der Salto rückwärts der Bundesregierung hin zur Atomkraft vom Kreistag mit
41 den Stimmen der CSU für richtig gehalten, die Sanierung der landkreiseigenen
42 Gebäude wird nicht mit der entsprechenden Konsequenz vorangetrieben, die
43 Personalausstattung für die ehrgeizigen Ziele der Klimaallianz ist mehr als
44 dürrtig, bei der Windkraft tritt der Landrat als Bremser und Verhinderer auf, es
45 dauert Jahre um eine eigne Homepage der Klimaallianz zu erstellen, der Bürger
46 wird nicht wirklich eingebunden, Projekte werden von oben verkündet, die
47 Regionalwerke kommen viel zu spät.

48 Grün/Alternativ steht für

- 49 • eine konsequente Umsetzung der Ziele der Klimaallianz unter Einbeziehung
50 der Bürgerschaft. Die Energiewende kann nur mit und nicht gegen die
51 BürgerInnen gelingen
- 52 • einen flächen- und landschaftsschonenden Ausbau der Windenergie an
53 Standorten, die wirtschaftlich zu betreiben sind. Windkraftnutzung als
54 reine Abschreibungsmöglichkeit lehnen wir entschieden ab. Bei den
55 Planungen sollen die Bürger aktiv eingebunden werden und nicht
56 Vorranggebiete von oben herab verkündet werden, wie es durch den
57 Regionalen Planungsverband West seit 2010 geschieht. Bürgerwindräder
58 werden von uns angestrebt, da nur so gesichert ist, dass die Gewinne nicht
59 abfließen können. Bis 2020 sollen 50 Windräder im Landkreis stehen.
- 60 • Bei der Photovoltaiknutzung sollten zuerst die Dächer genutzt werden,
61 bevor Landschaft für Freiflächenphotovoltaiknutzung verbraucht wird.
62 Sicher gibt es aber auch unproblematische Flächen, die für eine
63 Solarnutzung bereit gestellt werden könnten
- 64 • einem weiteren Ausbau der Biogasanlagen stehen wir aufgrund des hohen
65 Verbrauchs an landwirtschaftlicher Fläche für die Energiepflanzen und der

66 oft fehlenden Abnahmemöglichkeiten der Wärme, sowie der weiten
67 Anfahrtswege skeptisch gegenüber

- 68 • die Nutzung von Wasserkraft ist im Landkreis kaum ausbaufähig,
69 Kleinanlagen könnten gefördert werden. Das Gleiche gilt beim jetzigen
70 Kenntnisstand für die Nutzung der Geothermie

- 71 • Bezug von „echtem“ Ökostrom von zertifizierten Anbietern für die
72 landkreiseigenen Liegenschaften

- 73 • die Öffentlichkeitsarbeit und insbesondere –beteiligung bei allen
74 Planungen ist zu intensivieren

- 75 • Aufgabe der Regionalwerke muss es langfristig sein, auch in die Erzeugung
76 und den Vertrieb von Strom einzusteigen

- 77 • Projekte zur Speicherung von Energie sollen angestoßen werden

- 78 • der wesentliche Faktor, der zum Gelingen der Energiewende beiträgt, ist
79 die Einsparung von Energie. Hier muss der Landkreis selbst wesentlich
80 größere Anstrengungen unternehmen. So sollen Standards für die
81 landkreiseigenen Gebäude bei Neubau und Sanierung hinsichtlich
82 Energieeinsparung festgelegt werden, wie es andere Kommunen längst getan
83 haben. Es müssen aber auch Anreize für Wirtschaft und Bürger geschaffen
84 werden. Die größten Potentiale zum Einsparen von Energie und die Schaffung
85 weiterer Arbeitsplätze liegen in der Wärmedämmung, Altbausanierung und
86 Kraft-Wärme-Kopplung

- 87 • die Personalsituation im Landratsamt bei den überlasteten Mitarbeitern der
88 Klimaallianz muss verbessert werden

89 Die neu gewählte grün/alternative Fraktion wird auch in der neuen Periode mit
90 Anträgen, Diskussionsbeiträgen, informellen Gesprächen und Veranstaltungen für
91 den nötigen „Wind“ bei der Energiewende sorgen.

92 Demographischer Wandel in unserem Landkreis

93 Der demographische Wandel macht auch in unserem Landkreis nicht halt. Schauen
94 wir uns in unseren Dörfern um, können wir die rasante Zunahme der Altersgruppen
95 ab 65 und die deutliche Abnahme der Jugendlichen beobachten und spüren. Auch
96 immer mehr Leerstand in den Ortskernen ist zu beobachten und Senioren die
97 alleine leben. Viele öffentliche Einrichtungen und Gebäude sind nicht
98 barrierefrei oder seniorengerecht. Dazu kommt, dass immer mehr Geschäfte,
99 Sparkassenfilialen und Arztpraxen schließen. Die Mobilität ist eingeschränkt und
100 der ÖPNV ist vielerorts nicht so, um die Mobilität der Bevölkerung im Landkreis
101 dauerhaft zu erhalten. Es gibt immer mehr Einkaufs- und Ärztezentren, aber eben
102 nicht "auf dem Dorf". Doch wie sind die zu erreichen, wenn man nicht mehr mobil
103 ist. Ebenso die Krankenhäuser und Seniorenheime.

104 Der demographische Wandel betrifft alle Lebensbereiche.

105 Darum ist es höchste Zeit zu reagieren.

106 Das heißt:

- 107 1. Verbesserung der Mobilität für alle Altersgruppen z.B. durch die
108 Einrichtung von Rufbussen
- 109 2. Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs auch für nicht mobile
110 Einwohner
- 111 3. Leerstand in den Dörfern begegnen und gemeindespezifische Wohnmodelle
112 entwickeln
- 113 4. Angebote schaffen um Ärzte und Geschäfte in den Gemeinden zu halten oder
114 zurückzuholen
- 115 5. Strukturen schaffen, dass Menschen aller Altersklassen im Landkreis
116 miteinander und füreinander leben können. Dazu gehört Arbeits- und
117 Ausbildungsplätze vor Ort zu erhalten und auszubauen und eine
118 familienfreundliche Infrastruktur
- 119 6. Einrichtungen für die stark steigende Zahl der Hochbetagten und
120 Demenzkranken sind zu schaffen, wie Tagespflege und Kurzzeitpflege sowie
121 Modellwohngruppen, um Freiheit entziehende Maßnahmen vermeiden zu können
- 122 7. Der demographische Wandel stellt uns vor eine Aufgabe, die unaufschiebbar
123 ist und dem sich keine Gemeinde und kein Landkreis entziehen kann. Wohnen
124 auf dem Dorf muss für junge Menschen wieder attraktiv sein, das
125 bürgerliche Engagement und die Seniorenbeteiligung müssen gefördert
126 werden. Dafür werden wir uns einsetzen, um so den demographischen Wandel
127 zu begegnen

128 Mehr Demokratie wagen: Transparenz und Bürgerbeteiligung

129 Transparenz in den Gremien:

130 Ein großer Teil der politischen Diskussionen und Entscheidungen mit
131 weitreichenden finanziellen Folgen im Landkreis Bamberg sind mittlerweile aus
132 den offiziellen politischen Gremien des Kreistages und seiner Ausschüsse
133 ausgelagert. So sind der Landrat und Kreisräte der großen Fraktionen in etwa 20
134 weiteren Gremien aktiv wie Verbandsversammlungen und Zweckverbänden. Der
135 Zweckverband Gymnasien hatte Ende 2012 mittlerweile 8 Millionen Euro Schulden
136 (die Kosten des Clavius-Gymnasiums kommen in den nächsten Jahren dazu), der
137 Landkreis hat Ausfallbürgschaften v.a. bei der Krankenhausgesellschaft von
138 inzwischen 15 Millionen übernommen. Verbandsversammlungen und Zweckverbände
139 tagen weit überwiegend nicht öffentlich. Die in diesen Gremien nicht vertretenen
140 Fraktionen bekommen keine Protokolle dieser Sitzungen, die Öffentlichkeit
141 erfährt nicht einmal wann diese Gremien mit welchen Tagesordnungen tagen.

142 Die Protokolle der Sitzungen der Kreisgremien selbst werden zwar auf der
143 Homepage des Landkreises veröffentlicht. Sofern man diese Seite mit den
144 Protokollen überhaupt findet, ist man dann mit reinen Ergebnisprotokollen
145 konfrontiert, der Inhalt des Tagesordnungspunktes und der Verlauf der Sitzung
146 werden nicht protokolliert. Auch die ausführlichen Sitzungsvorträge, die jede

147 Kreisrätin vor Beginn der Sitzung erhält, werden nicht veröffentlicht. Dadurch
148 sind für die Bürger die Inhalte und die Beschlüsse in den Kreisgremien meist
149 nicht nachvollziehbar.

150 Demokratie ist davon abhängig, dass der eigentliche Souverän, nämlich die
151 Bürgerinnen und Bürger Entscheidungsprozesse und –inhalte nachvollziehen und
152 sich eine Meinung dazu bilden kann. Es kann nicht sein, dass den Landkreis
153 betreffende weitreichende finanzielle Entscheidungen weitgehend unter Ausschluss
154 der Öffentlichkeit stattfinden oder nicht nachvollziehbar sind. Die
155 Grün/Alternative Liste wird sich deshalb wie bisher dafür einsetzen, dass

- 156 • Verbandsversammlungen und Sitzungen der GmbHs, an denen der Landkreis
157 beteiligt ist, öffentlich angekündigt werden und weitgehend öffentlich
158 tagen und die Ergebnisse der Sitzungen auch veröffentlicht werden
- 159 • die (Verlaufs-)Protokolle und die Sachberichte der Sitzungen der
160 Kreisgremien einfach auffindbar auf die Homepage des Landkreises gestellt
161 werden
- 162 • der Kreistag den Versuch wagt, Sitzungen des Vollgremiums per Livestream
163 (Videoübertragung live) im Internet zu übertragen, wie es mittlerweile
164 auch andere Kommunen erfolgreich praktizieren

165 Für die Umsetzung dieser Ziele wird die Aufstellung der Geschäftsordnung für den
166 Kreistag zu Beginn der Legislaturperiode entscheidend sein. Hier werden wir
167 entsprechende Anträge stellen.

168 Informationsfreiheit für Bürger

169 BürgerInnen, die Informationen und Auskünfte von der Verwaltung wünschen, sind
170 häufig völlig abhängig vom jeweiligen Verwaltungsangestellten, ob ihnen die
171 gewünschten Auskünfte gewährt werden, bei politisch brisanten Themen ist dies
172 häufiger nicht der Fall. In Bayern, auch im Landkreis Bamberg, wird manchmal
173 noch das Verschwiegenheitsgesetz des Absolutismus praktiziert. Auf kommunaler
174 Ebene gibt es in Bayern seit 2008 mittlerweile eine Verabschiedungswelle von
175 Informationsfreiheitssatzungen. Diese bedeuten eine Revolution für die
176 Verwaltung, da hier dem Bürger ganz grundsätzlich das Recht auf umfassende
177 Information über staatliches Handeln eingeräumt wird. Bürger erhalten so das
178 Recht auf Akteneinsicht, die die Grundlage für politische Entscheidungen bilden
179 wie Planungsberichte, Protokolle, Gutachten, Kostenkalkulationen usw.

180 Ein Ziel ist es, Vertrauen zwischen Bürger und Staat zu stärken, Missmanagement
181 und Korruption zu erschweren und den BürgerInnen die Möglichkeit zu geben, sich
182 aktiver einzubringen. Hierzu müssen die BürgerInnen aber die Möglichkeit haben,
183 sich umfassend informieren zu können. Viele Kommunen in Bayern haben inzwischen
184 diese Notwendigkeit erkannt und eine entsprechende Informationsfreiheitssatzung
185 verabschiedet, so in Coburg, Wunsiedel, Landkreis und Stadt München und vielen
186 anderen Gemeinden.

187 Die Grün/Alternative Liste wird hierzu in der neuen Legislaturperiode einen
188 entsprechenden Antrag stellen.

189 Bürgerbeteiligung:

190 Die Bürgerinnen sind aus unserer Sicht die Experten in ihrer Region. Dazu kommt,
191 dass aufgrund der unzähligen Qualifikationen und Erfahrungen hier Schätze
192 liegen, die die Kommunalpolitik häufig nicht zu Wort kommen lassen will, nach
193 dem Motto: „Lass die diskutieren, wir entscheiden“. Der Landrat und die
194 Mehrheitsfraktionen des Landkreises sind bisher nicht bereit mehr
195 Bürgerbeteiligung zu wagen, im Gegenteil: Bürgerengagement wird häufig als
196 störend empfunden und abqualifiziert. Meist werden Entscheidungen von oben herab
197 verkündet, egal ob es sich um Straßenbauprojekte, Ortsdurchfahrten, Projekte der
198 Energiewende usw. handelt. Projekte kommen oft erst bei den BürgerInnen an, wenn
199 sie fertig „eingetütet“ sind. Bei den Gemeinden ist das häufig nicht anders,
200 wobei es da auch sicher lobenswerte Ausnahmen gibt. So haben z.B. Grüns
201 frühzeitig den Landrat gebeten bei der Aufstellung von Windkraftvorranggebieten
202 in den betroffenen Regionen Arbeitskreise mit Gemeindevertretern, Bürgern,
203 Naturschützern und Verbänden wie Bund Naturschutz oder Landwirtschaft Runde
204 Tische einzurichten, um in einem Konsensverfahren zu Lösungen zu kommen, die für
205 alle Beteiligten tragbar sind. Auf unseren Brief haben wir nicht mal eine
206 Antwort bekommen. Der Scherbenhaufen und die heftigen Auseinandersetzungen Pro
207 und Contra Windkraft kann man jetzt allerorten betrachten.

208 Die Grün/Alternative Liste wird sich hier über die gesamte Legislaturperiode
209 dafür einsetzen, dass der Landkreis versucht die BürgerInnen projektbezogen
210 frühzeitig ernsthaft einzubinden. Das kann in Form von
211 Informationsveranstaltungen, Arbeitskreisen und Runden Tischen sein. Es ist
212 sogar denkbar den Haushalt zusammen mit BürgerInnen aufzustellen, andere
213 Kommunen sind den Schritt zum „Bürgerhaushalt“ längst gegangen, mit guten
214 Erfahrungen.

215 ÖPNV-ROB

216 Ende 2008 beschloss der Kreistag, den VGN mit der Erstellung eines gemeinsamen
217 Nahverkehrsplans für die Stadt Bamberg und den Landkreis zu beauftragen. Um alle
218 Mitglieder des Kreistages und des Stadtrates in den Erstellungsprozess
219 einzubinden, wurde eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet, die insgesamt
220 zehn Mal tagte.

221 Heraus kamen zwei getrennte lokale Nahverkehrspläne, die aber im
222 grenzüberschreitenden Verkehr eine gemeinsame Planung und Finanzierung vorsehen.
223 Für den Landkreis wurden z.B. folgende Standards festgelegt:

- 224 1. Statt Mindestanforderung – guter ÖPNV-Standard
- 225 2. Erschließung – in welchem Umkreis soll eine Haltestelle stehen (500m)
- 226 3. Erreichbarkeit – eine Verbindung zu den zentralen Orten innerhalb eines
227 Tages- und eines Halbtageszeitraumes
- 228 4. Bedienungshäufigkeit

229 Weiter wurden klimapolitische Ziele formuliert (Klimaallianz). So soll bis 2020
230 eine CO₂-Einsparung von 25 % erreicht werden ohne die Mobilität einzuschränken.
231 Dies soll durch eine Verlagerung auf den ÖPNV, aber auch durch emissionsärmere
232 Fahrzeuge und eine Erhöhung des Fahrradverkehrsanteils erreicht werden.

233 Die jahrelangen Forderungen unserer Fraktion für die Einrichtung von
234 Bedarfsverkehren um vorrangige Defizite im ländlichen Raum zu beheben, sowie das
235 Kapitel "mobilitätseingeschränkte Personen" wurde letztendlich auch aufgenommen.

236 Mit einem von unserer Fraktion gestellten Antrag in der Kreisausschusssitzung
237 enthält dieser Entwurf auch, dass ein gemeinsamer Liniennetzplan die notwendigen
238 Kosten ermittelt und ein Finanzierungs- und Rahmenterminplan erstellt wird.

239 Ebenso forderten wir, zum wiederholten Male, dass der regionale Omnibusbahnhof
240 (ROB), der ein wichtiger Baustein in diesem ganzen Nahverkehrsplan ist, bis 2017
241 in Betrieb genommen werden muss und der Landrat die Verhandlungen mit der Stadt
242 sofort wieder aufnehmen soll. Im Entwurf ist nur von zeitnaher Realisierung die
243 Rede. Bürgermeister Starke sieht diese Realisierung bis 2017 nicht, da er durch
244 die finanzielle Situation der Stadt (Brose) und durch die Verhandlungen mit der
245 Bahn eingeschränkt ist. Ohne ROB, dessen Notwendigkeit seit 2004 bekannt ist,
246 kann der ganze Nahverkehrsplan nicht funktionieren. Der ROB ist als
247 Mobilitätsdrehscheibe für die gesamte Region Bamberg zwingend erforderlich!

248 Unsere Fraktion hat nun, weil in den vorhergehenden Nahverkehrsplänen „viele
249 Verbesserungsvorschläge nicht umgesetzt wurden“ einen weiteren Antrag gestellt:

250 Inhalt:

- 251 1. Die Erstellung einer Liste aller kurz-, mittel- und langfristigen
252 Verbesserungsmaßnahmen, die im Nahverkehrsplan angeführt sind
- 253 2. Die Verwaltung soll einen Umsetzungszeitplan mit den erforderlichen Kosten
254 erstellen

255 So wollen wir eine überprüfbare Umsetzung in den nächsten Jahren gewährleisten.

256 Die Beschlussfassung des Nahverkehrsplanes ist kein Schlussstrich, jetzt erst
257 beginnt die Umsetzung. Wir werden wir uns dafür einsetzen, dass im Kreistag
258 kontinuierlich eine Verbesserung des ÖPNV angegangen wird und die dafür
259 notwendigen Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

260 Es ist ein schlechtes Zeichen, dass schon im Haushalt des Landkreises für 2013
261 die Gelder für den ÖPNV sinken, obwohl man den neuen Nahverkehrsplan gerade erst
262 beschlossen hat. Nur eine starke grün-alternative Fraktion kann hier für die
263 Kehrtwende und für einen zeitgemäßen ÖPNV sorgen.

264 Nicht-motorisierter Verkehr

265 Alle sprechen von der Energiewende. Dazu gehört aber auch eine Verkehrswende, zu
266 deren Zielen eine deutliche Steigerung der Attraktivität nicht-motorisierten
267 Verkehrs bei gleichzeitiger Reduktion des motorisierten Individualverkehrs mit
268 seinem hohen Ressourcenverbrauch und den damit einhergehenden Umweltbelastungen
269 zählt.

270 Straßenverkehr in den Gemeinden und Städten des Landkreises Bamberg heißt
271 dagegen immer noch vor allem motorisierter Verkehr. Autos, Motorräder und
272 Lastwagen haben weitgehend freie Fahrt und brausen dementsprechend ungehindert
273 durch die meisten Ortschaften und Wohngebiete. Dass es daneben auch noch
274 Radfahrer, Fußgänger, spielende Kinder und andere Verkehrsteilnehmer gibt,
275 scheint bislang oft nicht von Interesse gewesen zu sein. Vielerorts herrscht
276 zudem ein eklatanter Mangel an Konzepten zur Beruhigung des Durchgangsverkehrs.

277 Wir wollen zur Förderung von Fuß- und Radverkehr verstärkt Tempo 30 Zonen und
278 Shared Space Bereiche ausweisen, vor allem in Wohngebieten. Das Radwegenetz im
279 Landkreis ist außerdem sehr unterschiedlich ausgebaut und hat zum Teil große
280 Löcher (z.B. zwischen Breitengüßbach und Zapfendorf). Wir wollen prüfen, in
281 welchen Abschnitten als Alternative gut befahrbare Flurwege zur Verfügung stehen
282 und woran es scheitert, dass Lücken noch nicht geschlossen werden konnten. Dabei
283 ist aber immer zu prüfen, ob ein straßenbegleitender Radweg überhaupt notwendig
284 ist. Diese Radwege sollten nur gebaut werden, wenn die Dichte und das
285 Gefährdungspotential durch den motorisierten Verkehr eine hinreichende
286 Begründung liefern. Auch Radwege versiegeln Böden und binden finanzielle
287 Ressourcen, die an anderer Stelle sinnvoll für den Fahrradverkehr eingesetzt
288 werden könnten. Der Landkreis soll eine Fahrradbeauftragte ernennen, damit das
289 Thema kontinuierlicher bearbeitet wird. Die Räumung der Fahrradwege im Winter
290 ist stark verbesserungswürdig. Wir packen diese Themen an, denn wir wollen, dass
291 ganz besonders den Kindern eine gewisse Mobilität und damit Unabhängigkeit
292 gegeben wird, ohne dass ihre Eltern um deren Sicherheit besorgt sein müssen.

293 Darüber hinaus müssen intelligente Konzepte zur Regelung des Verkehrs erstellt
294 und umgesetzt werden, um die Verkehrssicherheit zu steigern und die Belastung
295 durch Lärm und Schadstoffe zu senken. Hier gibt es viele alternative
296 Möglichkeiten, die geprüft werden sollten: Autofreie Innenstadtbereiche,
297 kombinierte Mobilitätsmodelle mit Car- oder Bikesharing samt eigenen Parkflächen
298 und Anbindung an den ÖPNV, Radschnellwege und andere. Die Straße als
299 öffentlicher Raum ist für alle Mitbürger da und muss auch wieder für alle
300 gemeinsam nutz- und erlebbar werden.

301 Grüne Positionen zu Verkehrsprojekten im Bamberger Osten, Gundelsheim und
302 Memmelsdorf

303 Flugplatz Breitenau: Kein zusätzlicher Verkehrslärm für die BürgerInnen von
304 Gundelsheim, Lichteneiche und Memmelsdorf

305 Die Stadtwerke Bamberg bauen für Millionen den Bamberger Flugplatz an der
306 Breitenau aus, damit die Firma Brose mit ihren Jets vor der neuen Haustür landen
307 kann. Eine Bürgerinitiative aus Lichteneiche kämpft um den Erhalt von
308 Informationen und für eine überschaubare Belastung durch Fluglärm. Zunächst hieß
309 es, dass es maximal 1,5 Flugbewegungen am Tag mit Düsenjets geben werde. Dies
310 wurde durch Vertreter der Stadt sogar schriftlich bestätigt. Bei einer
311 Informationsveranstaltung wenige Wochen später im Juli 2013 war davon keine Rede
312 mehr. Sowohl der Vertreter von Brose als auch OB Starke sprachen von erheblich
313 mehr Flugverkehr, ohne sich zahlenmäßig festzulegen. Die Gemeinden Memmelsdorf
314 und Gundelsheim erhoben Einwände im Rahmen des Genehmigungsverfahrens. Der
315 Landkreis Bamberg ließ dabei seine beiden Gemeinden völlig im Stich und hielt es
316 nicht für nötig, sich im Rahmen des Genehmigungsverfahrens überhaupt zu äußern.
317 Dass der Flugplatz Breitenau für 1-2 Flüge am Tag mit einem hohen einstelligen
318 Millionenbetrag ausgebaut wird, erscheint auch einem unvoreingenommenen
319 Betrachter als äußerst unwahrscheinlich. Im Gegenteil: Die zukünftige
320 Betreibergesellschaft muss dafür sorgen, Einnahmen zu erzielen. Daher ist
321 berechtigt zu befürchten, dass auch andere Firmen für einen Werksflugverkehr
322 angeworben werden und es zu erheblich mehr Flugbewegungen mit Jets und der
323 einhergehenden hohen Lärmbelastung kommen wird.

324 Folgende Ziele sollen erreicht werden:

- 325 • Die Betreibergesellschaft schließt im Konsensverfahren mit den betroffenen
326 Gemeinden und Bürgern eine Vereinbarung, in der eine maximale Höchstgrenze
327 an Flügen pro Tag festgelegt wird
- 328 • Die konsequente Einhaltung des Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr

329 Dies versuchen wir mit Anträgen, Diskussionsbeiträgen, Veranstaltungen und
330 Unterstützung der Bürgerinitiative zu erreichen.

331 Bahnausbau:

332 Der Bahnausbau durch oder im Osten an Bamberg vorbei wird derzeit in mehreren
333 Varianten geprüft. Das Problem ist auch hier, dass aufgrund des ICEs aber auch
334 des stark erhöhten Güterverkehrs mit erheblichen Lärmbelastungen zu rechnen ist.
335 Der Raum Bamberger Osten ist derzeit allerdings schon erheblich mit Verkehrslärm
336 belastet: Ausbau des Flugplatzes Breitenau, Autobahn und jetzt noch die
337 Bahnstrecke.

338 Derzeit (Stand Oktober 2013) kann noch keine klare Aussage gegeben werden, da
339 die verschiedenen Varianten der Streckenführung noch in Prüfung sind
340 hinsichtlich Realisierung und Kosten. Grundsätzlich fordern wir aber, dass es zu
341 keiner weiteren Belastung durch Verkehrslärm für die Bürger kommen soll. Wenn
342 das Geld vorhanden ist, über viele Kilometer den Thüringer Wald zu untertunneln,
343 dann sollten das die Weltkulturerbestadt Bamberg und deren östlicher
344 Verdichtungsraum auch wert sein. Unabdingbar ist die völlige barrierefreie
345 Gestaltung der Bahnhöfe. Diese Kosten sind den Gemeinden nicht zuzumuten,
346 sondern dem Betreiber und das ist die Deutsche Bahn. Der derzeitige Stand der
347 Haltemöglichkeiten an den Bahnhöfen der Gemeinden im Landkreis ist unbedingt zu
348 erhalten. Der Flächenverbrauch ist so minimal wie möglich zu halten. Wir wollen
349 den Ausbau der Bahnstrecke mit "Sinn und Verstand" und nicht orientiert am
350 Geldbeutel der DB. Es ist unbedingt zu vermeiden, dass Stadt und Landkreis beim
351 Ausbau der Güterstrecke gegeneinander ausgespielt werden.

352 Straßenbau: Bestand erhalten, Neubau vermeiden

353 In Zeiten einer Verknappung fossiler Brennstoffe wollen wir ein verändertes
354 Nutzungsverhalten der Fortbewegungsmittel unterstützen. Das Auto wird an
355 Bedeutung verlieren, öffentliche Nah- und Fernverkehrsmittel werden an Bedeutung
356 gewinnen. Dem gilt es Rechnung zu tragen. Immer neue Straßen sind nicht mehr
357 zeitgemäß und bedeuten auch enormen Landschaftsverbrauch. Daher lehnen wir neue
358 Umgehungsstraßen im Landkreis ab. Stattdessen wollen wir
359 Verkehrsberuhigungsmaßnahmen und den ÖPNV attraktiver machen anstatt durch neue
360 Straßen noch mehr Verkehr anzuziehen. So kann sich der Landkreis Bamberg etwa
361 dafür einsetzen, die B279 für LKW über 12 Tonnen zu sperren. So ließe sich der
362 Mautausweichverkehr zurück auf die Bundesautobahn bringen. Dies gilt auch für
363 andere Straßenbauprojekte im Landkreis, so etwa für die geplante Umgehungsstraße
364 bei Buttenheim, Geisfeld und Strullendorf. Die Mittel für den Straßenbau wollen
365 wir für einen guten Erhalt des Bestandes einsetzen.

366 Gesundheitspolitik

367 Gesundheit ist eines der wichtigsten menschlichen Grundbedürfnisse. Dafür
368 benötigen wir eine funktionierende ambulante und stationäre Versorgung für alle.

369 Wie können wir dieses Ziel erreichen? PolitikerInnen müssen mehr Einfluss auf
370 die medizinische Bedarfsplanung vor Ort nehmen - wie es auch die meisten Bürger
371 laut einer Umfrage der Stiftung Gesundheit wünschen. Eine gute Erreichbarkeit
372 und ausreichende Anzahl von Praxen und Kliniken sind, besonders in ländlichen
373 Bereichen, wichtig und können lebensrettend sein.

374 Es gibt zu lange Wartelisten bei Psychotherapeuten und fachärztlicher
375 Versorgung. Diesem Notstand muss abgeholfen werden. Schnelle und zeitgerechte
376 Gesundheitsversorgung ist die beste Vorbeugung vor Folgeschäden (sekundäre
377 Prävention).

378 Dazu gehört, neben dem Grundsatz "ambulant vor stationär", auch der Erhalt und
379 die hohe Qualität der Gesundheitsversorgung aller Bürger und Bürgerinnen des
380 Landkreises Bamberg. Die Fraktion Grün / Alternative Liste wird sich auch in den
381 nächsten 6 Jahren für die Umsetzung dieser Forderung einsetzen.

382 Gute Gesundheitsversorgung heißt auch eine angemessene Bezahlung des
383 pflegerischen und ärztlichen Personals. Im Dezember 2011 wurde durch Antrag der
384 Grün / Alternativen Liste eine Teilangleichung der Bezahlung an den Tarifvertrag
385 des öffentlichen Dienstes (TVÖD) für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der
386 Krankenhaus GmbH und deren Tochtergesellschaften erreicht. Dies ist aber nicht
387 genug: Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der TVÖD für alle
388 MitarbeiterInnen der Krankenhaus GmbH und deren Tochtergesellschaften, vor allem
389 der in der Pflege tätigen Kräfte, gilt.

390 Die neue grün-alternative Fraktion wird sich einsetzen:

- 391 • für eine Kooperation der Krankenhausgesellschaft des Landkreises mit der
392 Bamberger Sozialstiftung: "Nur ein Miteinander stärkt die
393 Gesundheitsregion Bamberg statt ein Gegeneinander"
- 394 • Erhalt der Landkreiskliniken für eine Grundversorgung der BürgerInnen
- 395 • für eine Orientierung der Unternehmen der Krankenhausgesellschaft an der
396 Bedürfnissen von Patienten und Personal statt Gewinnmaximierung

397 Grüne: für einen fairen Umgang mit Asylsuchenden

398 Im Landkreis Bamberg gibt es mittlerweile zwei Gemeinschaftsunterkünfte für
399 Asylsuchende (Roßdach bei Scheßlitz und Aschbach, Gemeinde Schlüsselfeld).
400 Beiden Einrichtungen ist gemeinsam, dass sie in kleinen Ortschaften liegen, die
401 nur eine geringe Infrastruktur aufweisen (kaum Busverkehr, keine
402 Einkaufsmöglichkeiten, keine Ärzte). Zudem war es dem Landkreis nicht möglich,
403 über ein Jahr eine adäquate Asylsozialbetreuung zu organisieren, mit dem
404 entschuldigenden Hinweis, dass der Bezirk zuständig sei. Asylbewerber
405 beherrschen in der Regel die Sprache nicht, sind nicht selten traumatisiert. Sie
406 brauchen deshalb Unterstützung für ihre Kinder, bei Krankheit und
407 Schwangerschaft, immerhin konnte mittlerweile auch aufgrund unseres Engagements
408 eine Asylsozialberatung eingerichtet werden, die Finanzierung ist aber nicht
409 langfristig gesichert.

410 Grüne Positionen zum Umgang mit Asylbewerbern sind:

- 411 • Unterbringung im Großraum Bamberg und nicht in kleinen Dörfern in der
412 Peripherie des Landkreises
- 413 • Abschaffung der Essenspakete, Auszahlung von Geldbeträgen, damit sich die
414 Bewerber ihre Lebensmittel selbst kaufen können
- 415 • Unterbringung in Wohnungen statt in Gasthöfen (kostengünstiger, nur wenig
416 Asylbewerber vor Ort)
- 417 • Gewährleistung einer guten Asylsozialberatung

418 Wie in der vergangenen Periode werden wir hier mittels Anträgen,
419 Hintergrundgesprächen und Diskussionsbeiträgen aktiv sein.

420 Kein Kind, keinen Jugendlichen aufgeben – grüne Positionen zur Jugendhilfe

421 Im Landkreis Bamberg wird aus grüner Sicht eine engagierte, innovative und
422 qualitativ sehr gute Jugendhilfe geleistet, die in letzter Zeit vermehrt auch
423 Schwerpunkte im Bereich Prävention setzt. Neben der herkömmlichen Jugendarbeit
424 wurden eine ganze Reihe neuer Projekte angestoßen, exemplarisch seien hier die
425 Familienhebammen, Familienstützpunkte, Jugendsozialarbeit an Schulen, die
426 Vergabe des Pflegekinderwesens usw. genannt. Eine qualitativ hochwertige Jugend-
427 und Familienhilfe kostet einfach Geld. Deshalb ist der Jugendhilfeeinsatz mit über
428 7 Millionen Euro (2012) auch einer der größten Etats im Kreishaushalt. Immer
429 wieder werden aus anderen Fraktionen Stimmen laut, die meinen hier
430 Einsparpotentiale zu sehen. Aus grüner Sicht ist es angesichts des
431 demographischen Wandels, aber auch starker gesellschaftlicher Veränderungen
432 zwingend notwendig, Kinder- und Jugendliche wie die Familien mit einem flexiblen
433 und bedarfsorientierten Angebot zu unterstützen, nach dem Motto „Hilfe da, wo
434 sie notwendig ist“, wobei hier besonderes Augenmerk auf präventive Maßnahmen und
435 Angebote zu richten ist. Eine Gesellschaft, die Kinder und Jugendliche aufgibt,
436 gibt sich selbst auf.

437 Wir werden deshalb weiterhin im Jugendhilfeausschuss

- 438 • Maßnahmen des Jugendamtes nach ihrer Effektivität und Notwendigkeit
439 hinterfragen
- 440 • diejenigen Maßnahmen, die sinnvoll und für die Betroffenen nützlich sind
441 dann allerdings ebenso engagiert unterstützen
- 442 • einfachen Sparvorgaben entschieden entgegenzutreten

443 Investitionen in die Bildung

444 Gerade einmal zwei Jahre ist es her, dass sich die Hauptschulen im Landkreis zu
445 Mittelschulverbünden zusammengeschlossen haben. Den Kommunen blieb nichts
446 anderes übrig, da ansonsten die Schließung der Hauptschulstandorte gedroht
447 hätte. Nun bleiben die Kosten für den Transport der Schülerinnen und Schüler
448 innerhalb des Verbundes an den Gemeinden hängen. Gelder, die viel besser für
449 personelle wie materielle Ausstattung der Schulen angelegt wären.

450 Mittlerweile gelten zwölf Mittelschulen im Landkreis Bamberg bereits wieder als
451 gefährdet: Stegaurach, Litzendorf, Rattelsdorf, Bischberg, Breitengüßbach,
452 Frensdorf, Hallstadt, Oberhaid, Priesendorf, Strullendorf, Zapfendorf und
453 Schlüsselfeld. Die Mittelschule stellt sich als viel zu kurz gesprungen und
454 damit als gescheitert heraus.

455 Wir fordern, dass sich unser Landkreis für einen nachhaltigen und an den
456 Bedürfnissen der Schülerinnen und Schülern orientierten Umbau des Schulsystems
457 einsetzt. Dazu muss Geld in die Hand genommen werden, auch was den Erhalt der
458 Schulgebäude in Landkreis und Stadt anbelangt. Eine gute und zeitgemäße
459 Ausstattung der Schulgebäude ist eine wichtige Voraussetzung für ein
460 erfolgreiches Lernen.

461 Ein längeres gemeinsames und besseres Lernen

462 Wir wollen, dass sich auch unser Landkreis für ein längeres gemeinsames Lernen
463 einsetzt. Dies würde helfen, die Grundschulen in den Gemeinden zu erhalten und
464 die Raumnot in den weiterführenden Schulen zu lindern. So bleibt auch die
465 Attraktivität der Landkreisgemeinden gesichert. Wir wollen den Ausbau der
466 Schulsozialarbeit und der offenen wie gebundenen Ganztagschulen vor Ort. Hier
467 wollen wir uns, genau wie in den Kindertagesstätten, für eine gesunde Ernährung
468 und damit auch für die Ausweitung der Umwelterziehung einsetzen.

469 Wir wollen schulische und pädagogische Einrichtungen unterstützen, eine
470 nachhaltige Lebensführung zu vermitteln. Eine stärkere Einbindung ehrenamtlicher
471 und gemeinnütziger Träger und Vereine wird als schulbegleitende Maßnahme auf
472 kommunaler Ebene im Rahmen der freiwilligen Jugendhilfe gefordert. Das
473 ehrenamtliche Engagement und die Teilnahme an kommunalen Jugendprojekten möchten
474 wir schulisch beworben sehen. Dies fördert die gesellschaftliche Integration und
475 Verantwortlichkeit für das Gemeinwohl und stärkt die Verankerung der Schulen in
476 unseren Kommunen.

477 Weiterführende Schulen besser ausstatten

478 Die weiterführenden Mittelschulen, Realschulen und Gymnasien in Stadt und
479 Landkreis Bamberg befinden sich teils in einem schlechten baulichen Zustand. Der
480 teure Umbau einiger Gymnasien darf nicht darüber hinweg täuschen, dass in den
481 Zweckverbänden Gymnasien und Berufsschulen noch erheblicher Sanierungsbedarf
482 besteht, der den Haushalt des Landkreises noch massiv fordern wird. Dennoch: In
483 Bildung angelegtes Geld ist nachhaltig angelegtes Geld. Dabei wollen wir, dass
484 sich die Sanierungen an allen Schulen mit Landkreisbeteiligung an den modernsten
485 energetischen Standards orientieren. Langfristige Investitionen in die
486 Lernumgebung unserer Kinder und Jugendlichen sind Zukunftsinvestitionen.

487 Ein Nationalpark für Franken

488 Aus naturschutzfachlicher Sicht besteht kein Zweifel: Der Steigerwald ist
489 nationalparkwürdig. Im nördlichen Steigerwald findet sich ein Bestand an
490 Buchenwäldern, wie er einst 80% der Fläche Deutschlands überzog. Heute sind es
491 gerade noch 4,4%, wovon sich gut ein Viertel des Rotbuchenbestandes in Bayern
492 befindet. Damit kommt dem Freistaat eine besondere Verpflichtung beim Erhalt
493 dieser ursprünglichen Waldform zu. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit
494 der Ratifizierung der UN-Biodiversitätskonvention im Jahr 1993 zum Schutz der
495 biologischen Vielfalt verpflichtet. Zur Umsetzung dieses völkerrechtsbindenden
496 Vertrages hat die Bundesregierung im November 2007 die Nationale

497 Biodiversitätsstrategie verabschiedet. Darin formuliert die Bundesrepublik das
498 Ziel bis zum Jahr 2020 5% der Wälder aus der Nutzung zu nehmen. Im Steigerwald
499 kann Bayern einen Beitrag zu dieser Biodiversitätsstrategie leisten, zumal die
500 fragliche Fläche ausschließlich Staatsforst umfasst. Daher werben die
501 bayerischen Umweltverbände sowie Bündnis 90 / Die Grünen seit geraumer Zeit für
502 die Einrichtung eines Nationalparks im Steigerwald. Die Grünen haben sich
503 bereits auf der Landesdelegiertenversammlung 2009 in Bamberg für die Einrichtung
504 des Nationalparks ausgesprochen. Die Initiative hierzu kam aus dem Kreisverband
505 Bamberg-Land. Wir verweisen dabei auf die enorme Artenvielfalt, die in den
506 geschaffenen Naturwaldreservaten des Steigerwaldes mittlerweile zu finden ist.

507 Weltnaturerbe anstreben

508 Ende Juni 2011 hat die UNESCO fünf Buchenwaldgebiete in Deutschland in die Liste
509 der Weltnaturerbe aufgenommen. Keines dieser Gebiete liegt in Bayern. Der
510 Steigerwald hätte jedoch die Chance nach Schaffung entsprechender
511 Voraussetzungen (Walddatenschutzgebiet samt eines Zentrums mit Forschungs- und
512 Bildungseinrichtungen zum Thema Buchenwälder / „Haus der Buchen“) ebenfalls das
513 Gütesiegel „Weltnaturerbe“ zu erhalten. Die UNESCO fordert ausdrücklich die
514 Nachnominierung weiterer deutscher Buchenwaldgebiete!

515 Ungeachtet dessen kommt die bayerische Staatsregierung ihrer Verpflichtung für
516 den Schutz des Buchenwaldes und seiner Artenvielfalt nicht nach. Vielmehr möchte
517 sie mit einem „Zentrum – Nachhaltigkeit – Wald“ die Gegner der Nationalpark-Idee
518 besänftigen. Wir meinen jedoch: Ein solches „Motorsägenmuseum“ wird der
519 Verpflichtung Bayerns zu einer Unterschutzstellung unseres Naturerbes Buchenwald
520 in keiner Weise gerecht. Auch ist dieses Zentrum ungeeignet, für eine Belebung
521 des sanften Tourismus und des Arbeitsmarktes zu sorgen. Es wird dem
522 Landwirtschaftsministerium unterstellt sein, allein daran zeigt sich schon, dass
523 hier Walddutzung anstatt Waldschutz im Vordergrund stehen soll.

524 Der Steigerwald beklagt als strukturschwache Region rückläufige
525 Bevölkerungszahlen, Zukunftsprognosen lassen keine Verbesserung erwarten. Es ist
526 Zeit nach neuen Impulsen für eine nachhaltige Entwicklung der Region zu suchen.
527 Der zu erwartende dramatische Bevölkerungsrückgang im Steigerwald (die
528 bayerische Staatsregierung selbst erwartet bis zum Jahr 2029 seit 2000 eine
529 Halbierung der Schülerzahlen) wird für Leerstände und Wertverfall von Immobilien
530 sorgen. Für den ÖPNV wird nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden
531 müssen. Es besteht dringender Handlungsbedarf für die Region!

532 Waldnaturschutzgebiet als Vorstufe zu einem Nationalpark

533 Ein Waldnaturschutzgebiet (kombiniert etwa mit einem „Haus der Buchen“) wäre
534 mittelfristig ein richtiger Schritt in die richtige Richtung hin zu einer
535 Nachnominierung des Steigerwaldes als UNESCO-Weltnaturerbe. Langfristig bleibt
536 die Ausweisung eines Nationalparks für die Region die Chance für eine deutliche
537 strukturelle Belebung des Steigerwaldes zu sorgen. Bündnis 90 / Die Grünen
538 halten daher an der Idee eines Nationalparks fest.

539 Ein Nationalpark aber ist mit der derzeitigen Staatsregierung nicht zu machen,
540 daher fordern wir den Landkreis Bamberg und die Regierung von Oberfranken dazu
541 auf, ihren Teil zu einer positiven Entwicklung der Region beizutragen und bei
542 der Staatsregierung zu erwirken, dass das vom Kreistag Bamberg beschlossene
543 Waldnaturschutzgebiet auf der vorgesehenen Größe von 2.000 ha zeitnah

544 ausgewiesen wird. Vom Naturschutzbeirat Oberfranken wurde dieses im April 2011
545 für gut geheißen.

546 Sanften Tourismus fördern

547 Viele Gäste schätzen die Erholung im Landkreis Bamberg. Der Tourismus ist ein
548 wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ein hoher Erlebniswert ist notwendig, um Naherholer
549 und Urlauber für die Region zu begeistern. Dazu gehört nicht nur ein
550 vielseitiges Tourismusangebot im Bereich des sanften Tourismus, sondern auch die
551 Darstellung der Region als landschaftliche, städtebauliche und kulturelle
552 Einheit mit großer Vielfalt. Vielfalt und Einheit des Raumes werden für Besucher
553 und Einheimische gleichermaßen erlebbar. Durch beispielsweise die Beteiligung am
554 Flussparadies-Franken oder der Einrichtung von Freizeitlinien wurden erste
555 Konzepte für den Sanften Tourismus etabliert. Dies begrüßen und unterstützen wir
556 ausdrücklich, da mit einem sanften Tourismus der Tourismus umweltfreundlich
557 gestaltet werden kann.

558 Wir wollen, dass das Landratsamt weiterhin Konzepte für einen sanften Tourismus
559 entwickelt und dabei Initiativen finanziell und praktisch unterstützt, die
560 Naturerkundungen und kulturelle Angebote vermitteln. Die Freizeitlinien sind
561 auszubauen, z.B. durch das Aurachtal (Auerochsen, Burg bei Lisberg) bis in den
562 Steigerwald (Landkreis Haßfurt, Wandern). Das Potential eines zukünftigen
563 möglichen Buchennationalparks Steigerwald ist entsprechend auszubauen und zu
564 bewerben. Der Wander- und Radtourismus muss durch eine gute Infrastruktur und
565 eine Vernetzung mit dem öffentlichen Nahverkehr gefördert werden, Radverleih und
566 Ladestationen für das E-Bike sind hier ebenfalls Stichworte. Die
567 Tourismuspotentiale des Landkreises Bamberg sind intensiver und deutlicher zu
568 bewerben.

569 Kultur

570 Der Kultur- und Sportausschuss des Landkreises unterstützt Vereine,
571 Institutionen und Gruppen, die in der Erwachsenenbildung und -förderung, sowie in
572 der Jugendarbeit tätig sind. Hier sind zu nennen: VHS für die Fort- und
573 Weiterbildung, die Musikschule für die Pflege und Veranstaltungen des
574 Kulturgutes Musik, ebenso wie der NBMB und der Musikrat, die Büchereien des
575 Landkreises, die Sportvereine und die Förderung der Maßnahmen für die ältere
576 Generation.

577 Nun hat sich die Sparkommission des Landkreises die Ausgaben des Ausschusses
578 angeschaut und überlegt, wie man in Zeiten knapper Kassen auch hier sparen kann.

579 Z. B. bei der älteren Generation. Die Seniorinnen und Senioren werden sowieso
580 nicht üppig bedacht, nun will man diese kleinen Beträge, die die Seniorenkreise
581 bekommen auch noch streichen. Man kann dieses kleine Geld nur als Anerkennung
582 sehen. Aber gerade das ist wichtig für die vielen ehrenamtlichen Helfer draußen
583 in den Gemeinden. Für dieses Jahr konnte noch eine Mehrheit gefunden werden,
584 diese Gelder laufen zu lassen. Im nächsten Jahr soll nochmal diskutiert werden
585 ob und wie dieser kleine Zuschuss gezahlt werden soll.

586 Ebenso wurde eine beantragte Förderung von Chapeau Claque abgelehnt. Dieses
587 Kindertheater, das wertvolle theaterpädagogische Arbeit an vielen Schulen, im
588 Ferienprogramm usw. leistet, wurde nicht als besonders unterstützungswürdig
589 gesehen. Aber seit vielen Jahren wird der Schafs- und Ziegenbockzüchterverein vom
590 Kultur- und Sportausschuss jedes Jahr mit einer finanziellen Spritze bedacht.

591 Wir wollen, dass die finanziellen Förderrichtlinien nochmal angeschaut, ergänzt
592 und den heutigen Begebenheiten angepasst werden. Gerade in Zeiten knapper
593 Kassen, sollten die Gelder in vernünftige Maßnahmen fließen. Kinder, Erwachsene
594 und Senioren sollten vorrangig davon profitieren.

595 Grüne: Entschieden gegen Rechtsradikalismus

596 Auch im Landkreis Bamberg sind Rechtsradikale aktiv. Das zeigte sich in den
597 letzten Jahren an der Abhaltung von NPD Parteitage in Bamberg, an regelmäßigen
598 Treffen von Rechten in Pommersfelden, an der dichten Plakatierung der NPD zur
599 Landtagswahl 2013 im Raum Scheßlitz. Auch in unserem Raum sind Rechtsradikale
600 sehr aktiv! Der Landkreis Bamberg ist der Allianz gegen Rechtsradikalismus in
601 der Metropolregion Nürnberg beigetreten. Leider hat sich dieser Beitritt nicht
602 zu einem Startsignal für weitere Aktivitäten entwickelt, sondern ist lediglich
603 zu einem Feigenblatt degeneriert. Ganz anders die Gemeinde Pommersfelden, die
604 mit eigenen Veranstaltungen ihre BürgerInnen aktiviert hat und klare Zeichen
605 gesetzt hat. Unsere Anregung eine Ausstellung zum Rechtsradikalismus in Bayern
606 und Franken im Landratsamt und in den Realschulen des Landkreises zu zeigen,
607 wurde nicht aufgegriffen. Die Ausstellung würde nicht zum „Konzept“ von
608 Ausstellungen im Landratsamt passen, die Schulen hätten kein Interesse gezeigt.

609 Doch so einfach sollte man es sich nicht machen. Wir werden uns dafür einsetzen,
610 dass der Landkreis Bamberg entschiedener und klarer Zeichen setzt und wachsam
611 auf rechtsradikale Umtriebe reagiert. Die Gemeinde Pommersfelden hat es uns
612 vorgemacht.